Aktualisierung
März 2025

150/02-E

Aspekte der allgemeinen Volks und Betriebswirtschaftslehre Band 2

Kapitel 5, Seite 57

Alte Version

Nach dem Beitritt zur Wirtschafts- und Währungsunion begannen viele Eurostaaten nach 2001/2002 wegen der Absenkung der Leitzinsen durch die EZB aus Sorge um die Stabilität des Euro dies zu nutzen, um sich verstärkt zu verschulden, so auch Deutschland infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/2008 (s. Abbildung 4.19). Durch das hohe Staatsdefizit einzelner Länder, vor allem des Krisenstaats Griechenland, aber auch von Italien, Irland, Portugal und Spanien, entstanden in der Eurozone bonitätsmäßig und wirtschaftlich neue Risiken und Spekulationen auf den Finanzmärkten gegen den Euro nach 2010. Um mehr Haushaltsdisziplin bei den Mitgliedstaaten einzufordern und durchzusetzen, kam es 2011 zu einer umfassenden Reform des SWP, der bis heute unverändert folgende Kernpunkte beinhaltet:

Neue Version

Nach dem Beitritt zur Wirtschafts- und Währungsunion begannen viele Eurostaaten nach 2001/2002 wegen der Absenkung der Leitzinsen durch die EZB aus Sorge um die Stabilität des Euro dies zu nutzen, um sich verstärkt zu verschulden, so auch Deutschland infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise 2007/2008 (s. Abbildung 4.18). Durch das hohe Staatsdefizit einzelner Länder, vor allem des Krisenstaats Griechenland, aber auch von Italien, Irland, Portugal und Spanien, entstanden in der Eurozone bonitätsmäßig und wirtschaftlich neue Risiken und Spekulationen auf den Finanzmärkten gegen den Euro nach 2010. Um mehr Haushaltsdisziplin bei den Mitgliedstaaten einzufordern und durchzusetzen, kam es 2011 zu einer umfassenden Reform des SWP, der bis heute unverändert folgende Kernpunkte beinhaltet:

Kapitel 5, Seite 58

Alte Version

Abbildung 4.19 in Kapitel 4.3 zeigt nach 2019 durch die Coronapandemie einen deutlichen Anstieg der deutschen Staatsschulden, wie dies auch in anderen EU-Staaten zu beobachten war und sich durch die politische Entwicklung seit 2022 (Ukraine-Krieg) und 2023/2024 (Naher Osten) verstärkte.

Neue Version

Abbildung 4.18 in Kapitel 4.3 zeigt nach 2019 durch die Coronapandemie einen deutlichen Anstieg der deutschen Staatsschulden, wie dies auch in anderen EU-Staaten zu beobachten war und sich durch die politische Entwicklung seit 2022 (Ukraine-Krieg) und 2023/2024 (Naher Osten) verstärkte.

© DIHK-Bildungs-gGmbH

Kapitel 5, Seite 58

Alte Version

Tabelle 5.3 enthält die Werte der Verschuldung aller EU-Staaten. Die Höhe der Gesamtverschuldung der Euroländer beträgt ca. 14.103 Mrd. Euro, durchschnittlich 89,9 % (Stand: 1. Quartal 2024). Die Frage nach einer Obergrenze für die Staatsverschuldung stellt sich für jedes EU-Land insoweit, dass es in jeder Situation handlungsfähig bleiben muss. Für Deutschland bedeutet dies die Rückkehr zu einer Schuldenbremse, die Bekämpfung von Inflationsrisiken und die Stärkung des SWP.

Vergleich der Staatsverschuldung von EU-Staaten

2. Quartal 2024		
Land/Region	**Verschuldung (in Mrd. €)**	**Verschuldung (in % vom BIP)**
Frankreich	3.228,4	112,2
Italien	2.952,9	137,0
Deutschland	2.635,1	61,9
Spanien	1.626,1	105,3
Belgien	643,1	108,0
Niederlande	475,2	43,2
Polen	423,4	52,3
Österreich	394,8	81,6
Griechenland	369,4	163,6
Portugal	276,7	100,6
Finnland	219,3	80,0
Irland	216,9	42,8
Finnland	205,7	73,8
Norwegen	195,6	42,7
Schweden	176,3	31,6
Rumänien	172,8	51,1
Ungarn	150,7	75,8
Tschechien	132,7	42,6
Dänemark	127,3	33,7
Slowakei	76,9	60,4
Kroatien	49,2	60,1
Slowenien	45,5	69,6
Litauen	28,3	37,4
Zypern	22,8	70,5
Bulgarien	21,7	22,1
Luxemburg	21,7	26,8
Lettland	18,2	46,4
Malta	10,1	46,7
Estland	9,2	23,8

Neue Version

Tabelle 5.3 enthält die Werte der Verschuldung aller EU-Staaten. Die Höhe der Gesamtverschuldung der Euroländer beträgt ca. 14.103 Mrd. Euro, durchschnittlich 89,9 % (Stand: 2. Quartal 2024). Die Frage nach einer Obergrenze für die Staatsverschuldung stellt sich für jedes EU-Land insoweit, dass es in jeder Situation handlungsfähig bleiben muss. Für Deutschland bedeutet dies die Rückkehr zu einer Schuldenbremse, die Bekämpfung von Inflationsrisiken und die Stärkung des SWP.

Vergleich der Staatsverschuldung von EU-Staaten

2. Quartal 2024		
Land/Region	**Verschuldung (in Mrd. €)**	**Verschuldung (in % vom BIP)**
Frankreich	3.228,4	112,2
Italien	2.952,9	137,0
Deutschland	2.635,1	61,9
Spanien	1.626,1	105,3
Belgien	643,1	108,0
Niederlande	475,2	43,2
Polen	423,4	52,3
Österreich	394,8	81,6
Griechenland	369,4	163,6
Portugal	276,7	100,6
Finnland	219,3	80,0
Irland	216,9	42,8
Norwegen	195,6	42,7
Schweden	176,3	31,6
Rumänien	172,8	51,1
Ungarn	150,7	75,8
Tschechien	132,7	42,6
Dänemark	127,3	33,7
Slowakei	76,9	60,4
Kroatien	49,2	60,1
Slowenien	45,5	69,6
Litauen	28,3	37,4
Zypern	22,8	70,5
Bulgarien	21,7	22,1
Luxemburg	21,7	26,8
Lettland	18,2	46,4
Malta	10,1	46,7
Estland	9,2	23,8

© DIHK-Bildungs-gGmbH

Kapitel 6, Seite 81

Alte Version

Beispiel 2: Ergebnisse der Standortwahl bei Standortfaktorengewichtung und Nutzenskalierung

Ergebnis: Auf Basis einer Skalierung (von 1 = sehr schlecht bis 6 = sehr gut) bringt der **Standort B** dem Unternehmen den höchsten Nutzen.

Neue Version

Beispiel 2: Ergebnisse der Standortwahl bei Standortfaktorengewichtung und Nutzenskalierung

Standortfaktor	Gewichtung	Standort A		Standort B		Standort C	
		Teilnutzen	gewichteter Teilnutzen	Teilnutzen	gewichteter Teilnutzen	Teilnutzen	gewichteter Teilnutzen
Flughafennähe (Autofahrzeit)	0,15	4	0,60	4	0,60	3	0,45
Bodenpreis €/m²	0,20	2	0,40	4	0,80	5	1,00
Erweiterungsmöglichkeiten	0,15	4	0,60	5	0,75	1	0,15
Nähe zu Kita	0,10	2	0,20	4	0,40	1	0,10
Fachkräfteangebot	0,18	2	0,36	4	0,72	5	0,90
Clusterbildung	0,22	6	1,32	5	1,10	1	0,22
Summe	**1,00**	**4**	**3,48**		**4,37**		**2,82**

Ergebnis: Auf Basis einer Skalierung (von 1 = sehr schlecht bis 6 = sehr gut) bringt der **Standort B** dem Unternehmen den höchsten Nutzen.